

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen FREIE SACHSEN und Freie Wähler im Stadtrat Lunzenau

Betreff: Zuweisungsstopp für Asylbewerber und Schaffung von Arbeitsgelegenheiten (AGH) für Asylbewerber und Flüchtlinge

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrates,

auf Grundlage der aktuellen Situation in Lunzenau und unter Bezugnahme auf die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen beantragen die Fraktionen FREIE SACHSEN und Freie Wähler folgende Beschlussfassung:

Antrag

- 1. Zuweisungsstopp:** Der Stadtrat Lunzenau fordert den Bürgermeister auf, sich gegenüber dem Landkreis Mittelsachsen dafür einzusetzen, dass ein genereller Zuweisungsstopp für weitere Asylbewerber und Flüchtlinge in die Stadt Lunzenau ausgesprochen wird. Die Aufnahmefähigkeit der Stadt ist erschöpft. Weitere Zuweisungen sind der Bevölkerung nicht mehr zuzumuten, da sowohl die Unterbringungskapazitäten als auch die infrastrukturellen und sozialen Ressourcen der Stadt ausgelastet sind.
- 2. Schaffung von Arbeitsgelegenheiten (AGH):** Der Bürgermeister wird aufgefordert, die Möglichkeiten zur Schaffung von Arbeitsgelegenheiten nach § 5 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) für in Lunzenau ansässige Asylbewerber und Flüchtlinge zu prüfen und entsprechende Schritte einzuleiten. Dabei sind insbesondere gemeinnützige und zusätzliche Tätigkeiten in Bereichen wie Landschaftspflege, Reinigung von öffentlichen Plätzen oder Mithilfe bei der Instandhaltung kommunaler Einrichtungen zu berücksichtigen.

Dabei ist sicherzustellen, dass die Voraussetzungen der Gemeinnützigkeit und der Zusätzlichkeit gemäß § 5 Abs. 1 AsylbLG erfüllt werden. Zudem sind die erforderlichen Abstimmungen mit dem Landkreis Mittelsachsen als unterer Unterbringungsbehörde vorzunehmen.

Begründung:

Die Belastungsgrenze der Stadt Lunzenau hinsichtlich der Aufnahme und Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen ist erreicht. Zusätzliche Zuweisungen würden die soziale Stabilität und den gesellschaftlichen Frieden in der Stadt gefährden.

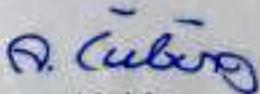
Arbeitsgelegenheiten (AGH) gemäß § 5 AsylbLG bieten eine sinnvolle Möglichkeit zur Integration, zur Strukturierung des Alltags und zur Vermittlung eines Beitrags zum Gemeinwohl. Zudem wird der sozialen Isolation entgegengewirkt und eine bessere Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung gefördert.

Da derzeit in Lunzenau keine entsprechenden Arbeitsgelegenheiten bestehen, ist die Prüfung und Schaffung solcher dringend erforderlich. Da sowohl die Sächsische Staatsregierung als auch der Landkreis Mittelsachsen stets ihre Bemühungen um die

„Integration“ von Asylbewerbern und Flüchtlingen betonen, werden diese sicherlich beratend zur Seite stehen.

Wir bitten um Zustimmung zu diesem Antrag und Aufnahme auf die Tagesordnung spätestens der übernächsten Sitzung des Stadtrates gem. § 36 Abs. 5 SächsGemO.

Lunzenau, 14. März 2025



Anne Liebing
Fraktionsvorsitzende FREIE SACHSEN



Alexander Putzschke
Fraktionsvorsitzender Freie Wähler Lunzenau